

Ulrich von Alemann Düsseldorf, Mai 1999

Die Europäische Sozialdemokratie und der Kosovo-Krieg

Vortrag in der Athener Universität am 28.05.1999

I.

Es herrscht Krieg in Europa. Wo herrscht Krieg? In Europa? Der Alltag auf den Champs-Élysées in Paris, Unter den Linden in Berlin, am Piccadilly Circus in London und am Syntagma-Platz in Athen pulsiert. Es wird gekauft, gegessen, gehandelt, gelacht, geweint, geliebt, gezeugt, gestritten und gearbeitet. Aber es wird wenig getrauert. Der Krieg beherrscht uns nicht, denn die Verluste haben die anderen. Flugzeuge des Westens fielen bisher fast ausschließlich (wenigstens vorgeblich) Defekten zum Opfer, Unfälle wie im Straßenverkehr. Verluste? Keine! Hat es das jemals in einem Krieg gegeben? Die Toten bleiben unbekannt. Es sind unbekannt Zahlen von serbischen Soldaten und Zivilisten sowie von Kosovo-Albanern, die NATO-Sprecher als „Kollateral-Schäden“ bedauern. Über „Kollateral-Schäden“ kann man nicht trauern.

Ein einseitiger Krieg. Die zehn aktiven von den neunzehn verbündeten NATO-Staaten bekämpfen aus der Luft Serbien, um die schwersten Menschenrechtsverletzungen von Milošević im Kosovo und seiner Truppen - Unterdrückungen, Vertreibungen, Massenmorde, Vergewaltigungen ausgeführt von seinen Einheiten - zu ahnden und ihn zu zwingen, zunächst den Vertrag von Rambouillet, den er nicht unterzeichnet hat, zu respektieren. Seitdem gelten NATO-Bedingungen; neuerdings ist ein Silberstreif am Horizont mit den G8-Bedingungen sichtbar. Neunzehn NATO-Staaten, angeführt von der stärksten Militärmacht der Geschichte, versuchen vergeblich, einen zerissenen Reststaat, der aber von einem zynischen und unberechenbaren Autokraten regiert wird, zur Raison zu bomben.

Wo herrscht Krieg - in den Medien? Der Krieg ist uns nur nah in den Medien, fast täglich Sondersendungen - Brennpunkte im Fernsehen, Sonderseiten in den Zeitungen, in denen die schrecklichen Bilder von Videos aus den Flugzeugen im Anflug auf ihre Ziele und von Marschflugkörpern, wie sie sich auf ihre targets stürzen, von Flüchtlingsströmen, brennenden Fabriken und eingestürzten Brücken, gezeigt werden.

Der Krieg ist ein Bilder-Krieg, aber ohne Abbilder von Kämpfen und Gefechten, wie noch im Golfkrieg und auch im Vietnamkrieg. Es ist ein Sekundär-Krieg, von dem uns die Medien nur immer die Folgen zeigen: eingestürzte Brücken, Flüchtlingslager, verzweifelte Menschen. Es sind Katastrophenbilder, die von überall auf der Welt stammen könnten, aus Kambodscha, Somalia, Ruanda oder Guatemala.

Wir Europäer führen Krieg in Europa, aber der Schauplatz scheint uns fern. Die Folgen tragen die anderen. Die Fremden betrauern die Toten. Ein europäischer Stellvertreterkrieg beherrscht nicht die Straßen mit Demonstrationen und Manifestationen, mit machtvollen Friedensbewegungen, wie beim Vietnam- oder auch noch beim Golf-Krieg. Er findet vielmehr im Saale auf Parteitagen statt oder auch in den Feuilleton-Blättern.. Auch die europäischen sozialdemokratischen Parteien haben auf ihren Parteikongressen Resolutionen debattiert, Anträge diskutiert und im Vorfeld Positionen publiziert. Aber es bewegte sich wenig außerhalb der definierten Gravitation - außer dem immer neuen Ruf nach einem UNO-Mandat für die NATO-Intervention.

Eine der wenigen dramatischen Debatten erlebte der Parteitag der deutschen Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999 in der ostwestfälischen Universitätsstadt Bielefeld. Unterstützung der sozialdemokratisch geführten Regierung Schröder und seines grünen Außenministers Fischer durch eine moderate Resolution, die ein Moratorium auf der Basis des G8-Beschlusses und eine Rückkehr zum UNO-geführten Krisenmanagement fordert - so die eine Position - oder aber eine bedingungslose Einstellung der NATO-Bombardements, um damit eine Öffnung der Situation für eine Verhandlungslösung zu erreichen - so lautete die erbitterte Gegenposition. Die Unterstützer der Koalitions- und Regierungslinie siegten zwar deutlich, aber mußten Verluste hinnehmen, nämlich Parteiaustritte und Wahlverluste einkalkulieren. In Deutschland führen die Grünen öffentlich die Debatte, die von der

Sozialdemokratie intern umstritten ist. Die Grünen sind in der Kosovo-Debatte die stellvertretenden Sozialdemokraten.

Mehr als die Parteien in Europa und die sozialen Bewegungen der Straße diskutieren die Intellektuellen in den Feuilletons, in den Talkshows, Kolloquien, Symposien und Seminaren. Es herrscht die paradoxe Situation, daß Schriftsteller und Dichter mehr Völkerrechtsdoktrinen, UNO-Resolutionen, Verfassungsgesetzartikel und Menschenrechtscharta in den Debatten beschwören als die Regierungen und ihre Rechtsexperten, die mehr von Moral, Menschenrechten und humanitärer Intervention reden.

Herrscht denn eigentlich Krieg? Oder handelt es sich nur um einen ominösen „Konflikt“, um eine „humanitäre Intervention“ mit Mitteln der militärischen Gewalt? Alle Regierungen, auch die deutsche und die übrigen europäischen, haben anfangs den Begriff Krieg vermieden, weil sie nicht nur vor ihrer Bevölkerung vermeiden wollten, als Kriegsinitiatoren dazustehen. Auch rechtliche Gründe standen dagegen. Nach der UN-Charta ist jegliche Intervention ohne Zustimmung des betroffenen Staates, oder zumindest ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates, ausgeschlossen. Nach dem deutschen Grundgesetz verstößt die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Verfassung (Art. 26 GG).

Allerdings hatte der UN-Sicherheitsrat am 23. September 1998 auf Drängen westlicher Staaten beschlossen, die von Serbien zu verantwortende Lage im Kosovo stelle „eine Bedrohung von Frieden und Sicherheit in der Region dar“ - und damit die Voraussetzung für militärische Sanktionen geschaffen. Rußland hatte dem zugestimmt, China sich enthalten. Als Milošević sich geweigert hatte, dem Vertrag von Rambouillet zuzustimmen, der am 18. März 1999 von den Kosovo-Albanern unterzeichnet wurde, begann die NATO am 24. März mit der Luftintervention - da eine Zustimmung des Sicherheitsrates nicht zu erreichen war, auf eigene Verantwortung mit der Nothilfebegründung, daß anders die menschenrechtswidrigen Repressionen von Milošević im Kosovo nicht zu unterbinden seien.

Kriege werden heute nicht mehr erklärt, wie früher, als noch klare Verhältnisse herrschten. Aber nicht nur die Politik scheut eine klare Kriegsdefinition. Auch die Politikwissenschaft tut sich schwer, den Krieg zu erklären und zu definieren. Das ist spiegelbildlich genauso mit dem Friedensbegriff, der ein ebenso unscharfes Phänomen

geblieben ist, so daß manche zum Notbehelf gegriffen haben und Frieden als Abwesenheit von Krieg definieren. Damit ist niemandem geholfen, wenn der Kriegsbegriff offen bleibt.

Ist die Intervention ein Krieg? Ja, sicher ist Krieg, wenn Bomben fallen, nicht nur Panzer und Kasernen, sondern auch Fabriken, Brücken, Wasserwerke, Fernsehstationen, Kraftwerke zerstört und aus Versehen Flüchtlingstrecks, Krankenhäuser, Wohngebäude und ausländische Botschaften getroffen werden.

Krieg ist, nach der berühmten Definition des deutschen Militärtheoretikers von Clausewitz, „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (eigentlich: „die Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einschluß anderer Mittel“). Nachdem viele glaubten, diese Definition des Krieges als ein Mittel der Politik, auch von Demokratien, habe längst ausgedient, feiert sie nun eine unheilvolle Auferstehung.

Aber damit muß man konsequent sein: Der Krieg begann nicht erst am 24. März 1999 mit den ersten NATO-Bomben. Sondern Milošević führte längst einen Krieg im Kosovo mit Vertreibungen, ethnischen Säuberungen, Massenmorden und Vergewaltigungen. Er ist schon lange ein Meister der Fortsetzung von Politik unter Einschluß anderer Mittel. Insofern gibt es mindestens drei Kombattanten: die Truppen und Polizeieinheiten Serbiens, die hiervon unterdrückte Bevölkerung des Kosovo einschließlich der für Unabhängigkeit und Autonomie kämpfenden UCK-Einheiten sowie drittens die intervenierenden NATO-Luftstreitkräfte. Selbst wenn Serbien oder die NATO einseitig die Kämpfe einstellen würden, wird nicht unmittelbar Frieden herrschen, sondern der Kampf von den verbliebenen zwei Kräften fortgesetzt werden.

II.

Es herrscht Krieg in Europa, und die europäische Sozialdemokratie ist in fast allen Staaten West-, Süd- und Mitteleuropas in der Regierung oder an der Regierung beteiligt - auch und gerade in den NATO-Staaten, die aktiv am Luftkrieg gegen Serbien partizipieren. Das gilt besonders für die größten und mächtigsten Staaten - Großbritannien, Frankreich, Deutschland, aber auch Italien oder Österreich, Skandinavien und die Niederlande. Die europäische Sozialdemokratie im Krieg? Die Sozialdemokratie mit ihrer über hundertjährigen Tradition von Friedenspolitik und Pazifismus?

Sicherlich war der mainstream der Sozialdemokratie bzw. der europäischen Sozialisten nicht einseitig pazifistisch, auch wenn immer starke Strömungen in den sozialistischen Parteien den Pazifismus mittrugen und dieser wiederum die Sozialisten beeinflusste. Aber es galt doch immer der Satz von Willy Brandt: „Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“.

Gleichzeitig muß man sehen, daß die Friedenspolitik die europäische Sozialdemokratie immer auch beunruhigt, zerrissen und manchmal gespalten hat. Das war schon 1914 der Fall, als - ausgelöst vom Attentat in Serbien auf den österreich-ungarischen Thronfolger - der Erste Weltkrieg ausbrach. Obwohl die europäische Sozialdemokratie noch im Frühjahr 1914 internationalistische Friedensresolutionen gefaßt hatte, trennten sich die Wege in der zuspitzenden Krise. Die deutsche Sozialdemokratie stimmte am 4.8.1914 geschlossen für die Kriegskredite der kaiserlichen Regierung und legte damit den Keim für die spätere Abspaltung von Unabhängiger Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (USPD) und KPD. Der „Burgfrieden“ des Kaiserreichs - „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, so Kaiser Wilhelm II im Sommer 1914 - hielt nicht vor. Er trennte Sozialdemokraten und nährte damit auch den Spaltpilz für die Instabilität und schließlich das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik. Dieses Trauma sitzt fest im kollektiven Gedächtnis der Partei.

Auch 60 Jahre später geriet die europäische Sozialdemokratie erneut in eine tiefe Krise aufgrund von Fragen um Krieg und Frieden, Aufrüstung und Entspannung. Es ging um den NATO-Doppelbeschuß

Ende der sechziger Jahre, der in Mitteleuropa die Aufstellung von Mittelstreckenraketen vorsah, wenn die Sowjetunion nicht ihre SS-20-Raketen abbaute. Die führende europäische sozialdemokratische Partei und Regierung, die deutsche unter Helmut Schmidt, verlor die Macht 1982 nicht zuletzt aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit in diesem Streit zwischen Friedensbewegung, die weit in die Sozialdemokratie in ganz Europa, gerade auch in Skandinavien, hineinreichte, und NATO-Solidarität des Kanzlers und seiner Getreuen.

Helmut Schmidt mußte dem konservativen Helmut Kohl und seiner christlich-liberalen Koalition für 16 lange Jahre weichen - eine Zeit, die Ralf Dahrendorf als Anlaß genug erschien, das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts zu proklamieren. Sein viel zitiertes Verdikt griff zu kurz. Er hat nicht vorhersehen können, daß seit Mitte der neunziger Jahre eine neue Sozialdemokratie flächendeckend in Europa die Macht übernahm. New Labour ergriff die Macht in Großbritannien; Jospins Sozialisten errangen die Parlamentsmehrheit in Frankreich; Wim Kok führte in Holland sein Polder-Modell zum Idealtypus des sozial abgefederten Wachstumskurses. Italien wagte einen Neuanfang, und auch die griechische PASOK unter ihrem pragmatisch-realistischen Premier Simitis unternahm große Schritte in Richtung Maastricht-Kriterien. In Deutschland schließlich, im Herbst 1998, feierte Gerhard Schröder mit seiner „neuen Mitte“ einen grandiosen Wahlsieg.

Aber wer ist die europäische Sozialdemokratie? Gibt es sie? Ist es die Sozialistische Internationale, die SI, der Zusammenschluß aller sozialdemokratisch/sozialistischen Parteien der Welt - sicherlich nicht, denn die SI ist nicht europäisch, wenn auch maßgeblich europäisch geführt und inspiriert.

Ist es die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), auch PSE genannt, Parti Socialiste Européene? Sie ist der Dachverband für die gemeinsame Fraktion der sozialdemokratischen und sozialistischen bzw. Labour-Parteien Europas in der Europäischen Union und im Europäischen Parlament. Sicherlich repräsentiert auch dies nicht die europäische Sozialdemokratie. Denn diese Partei ist ein ziemlich zahlloser Dachverband ohne wirklichen Unterbau an der Basis Europas. Für die Belange des europäischen Parlamentes mag dies ganz schön sein. Aber sie ist kein politisch machtvoller Akteur in Europa. Denn Europa wird nicht im Parlament und von Parteien gemacht. Macht haben in Europa nur die Kommission - notorisch

überparteilich - und der Ministerrat - notarisch gouvernemental. Die Regierungen regieren Europa und sonst nur noch die Bürokratien. Das Parlament ist - trotz Maastrichter und Amsterdamer Vertrag - immer noch das politische Ornament.

Selbst wenn die SPE voll abgebildet werden könnte, greift man für die europäische Sozialdemokratie immer noch zu kurz, denn es fehlen die Sozialdemokraten außerhalb der EU, ob in der Schweiz und Norwegen oder insbesondere in den MOE-Staaten in Ost- und Südosteuropa. Diese sind doppelt und dreifach wichtig. Als zukünftige EU-Staaten, als neu aufgenommene NATO-Staaten und als Anrainer des Balkan. So sehen sich die sozialdemokratischen Parteien Ungarns und Tschechiens, Rumäniens und Bulgariens, Polens und Slowakiens in einer doppelten Zwickmühle gefangen.

Wer also ist die europäische Sozialdemokratie? Auf der Handlungsebene dominieren die sozialdemokratisch geführten Regierungen - und die sind vielfältig. Sie schillern wie Paillettenschmuck in ihren politischen Traditionen, nationalen Konventionen, parteilichen Koalitionen und prekären Kohabitationen. Die sozialdemokratischen Parteien werden durch die Regierungsbeteiligungen weitgehend stillgelegt. Die europäische Sozialdemokratie ist deshalb so stark, weil sie so schwach ist. Und umgekehrt. Gäbe sie autoritativ von oben eine Politik für alle dort unten vor, dann gewönne sie nie mehr Mehrheiten in Großbritannien oder Frankreich, Deutschland oder Dänemark, in Griechenland oder in Portugal.

III.

Es herrscht Krieg in Europa. Und es herrscht Verwirrung in der europäischen Sozialdemokratie. Wer ist dafür, wer ist dagegen, wer diskutiert noch?

Es ist alles sehr kompliziert. Einfach ist nur eines: die beiden Extrempositionen. Es sind Blair mit seiner Labour Party auf der einen und PASOK mit seinem Premier Simitis auf der anderen Seite (die Vertauschung der Reihenfolge von Regierung und Partei ist freilich nicht zufällig). Insofern gibt es drei Positionen: die Hardliner pro, die

Hardliner contra und die vielen middle-of-the-roads.

Die Führung der britischen Labour Party verkörpert am klarsten die erste Position. Tony Blair steht am eindeutigsten an der Seite der USA und von Bill Clinton - in der Frage des Einsatzes von Bodentruppen scheinen die Briten sogar die Führungsmacht noch zu übertreffen. Sie plädieren unmißverständlich für die Option des Bodenkrieges, da aus der Luft der Krieg weder zu gewinnen noch den Kosovaren wirksam zu helfen sei - ein zentrales Kriegsziel. Blair deklariert unmißverständlich in einem ZEIT-Interview: „Über die Forderungen der NATO kann es keinen Kompromiß geben. Unsere Bedingungen müssen erfüllt werden, bis die Politik von Milošević besiegt ist. (...) Alle Welt und besonders das serbische Volk müssen sehen, daß er und seine Politik besiegt sind. Das ist unverzichtbar. (...) Deshalb ist es so überaus wichtig, daß Milošević Politik im Kosovo vollständig besiegt wird.“

Vollständig besiegt! Was ist das? Bedingungslose Kapitulation? Vollständige Vernichtung? Oder „nur“ Siegfrieden? Blair will den Siegfrieden. Ist irgendeine Verhandlungslösung noch denkbar? Vollständiger Sieg oder totale Niederlage. Ist das sozialdemokratische Friedenspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert? Auf dem unruhigen Balkan, der nie Schwarz-Weiß-Lösungen erlaubte? Und was kommt nach dem Siegfrieden? Wie werden Serben, Albaner und all die anderen in den nächsten Jahrzehnten miteinander auskommen? Fragen über Fragen.

Aber Blair und Großbritannien stehen nicht allein. Auch der deutsche grüne Politiker Daniel Cohn-Bendit, der in Frankreich für das Europaparlament kandidiert, ist für den Einsatz von Bodentruppen im Kosovo. Der französische Intellektuelle André Glucksmann fordert ebenfalls: „Das Ziel ist klar, das Kosovo befreien. Beim Einsatz der Mittel darf es kein Zaudern geben: Wenn noch stärkere Luftschläge über noch längere Zeit nicht reichen, wird der Kampfeinsatz von Bodentruppen nötig und von einer Mehrheit der Bürger gefordert werden.“

Das ist zweifelhaft. Hier ist kühle Analyse der Daten gefragt. Leider ist die Datenlage ziemlich prekär. Vergleichende Untersuchungen sind rar. Das „Eurobarometer“ mit vergleichenden Einstellungsdaten aus der ganzen EU wird noch ausgewertet. Aber soviel kann man sicher sagen: Die Unterstützung der Intervention schwindet in ganz Europa,

der Einsatz von Bodentruppen ist in der europäischen Bevölkerung extrem unpopulär.

Die zweite Position der Hardliner contra, die eine sofortige und bedingungslose Einstellung der NATO-Luftschläge fordern, ist in der Linken innerhalb der europäischen Sozialisten weit verbreitet. So haben Vertreter der SPD-Linken und der französischen Sozialisten, Gauche Socialiste, kürzlich eine gemeinsame Erklärung formuliert, in der es heißt: „ Wir fordern die NATO auf, unverzüglich die Bombardements zu beenden und damit Platz zu schaffen für Friedensverhandlungen. Die Fortsetzung der Angriffe schafft keine Perspektiven für eine friedliche Entwicklung im Kosovo. Sie ist im Gegenteil eine schwere Belastung, weil sie der Entwicklung einer gemeinsamen Position des UN-Sicherheitsrates und der Zustimmung der innerjugoslawischen Konfliktparteien zu einem Friedensabkommen im Wege steht. (...) Für die Luftangriffe der NATO gibt es kein ausreichendes völkerrechtliches Mandat. (...) Jeder weitere Kriegstag schürt den Haß und stärkt die nationalistischen und militaristischen Kräfte auf beiden Seiten“ (FR 27.5.99).

Am unpopulärsten in ganz Europa ist die Intervention der NATO im Kosovo-Konflikt zweifellos in Griechenland. 95 % der Bevölkerung lehnen nach übereinstimmenden Meldungen die Intervention ab. Was lehnen sie ab? Die NATO? Die USA? Die UCK? Oder was? Das bleibt wie immer bei solchen Zahlen unklar. Es ist ein Knäuel von Motiven. Ein Knoten sitzt fest in der Mitte: das ist die US/NATO-Abneigung der griechischen Bevölkerung, die ihr langjähriger Ministerpräsident Papandreou kräftig geschürt hatte. Ein zweiter Knoten ist eine gewisse Solidarität mit Serbien gegen die muslimischen Albaner. Und ein dritter Knoten lautet: Griechenland first! So hat es auch der so pragmatische „Realo“ Kostas Simitis formuliert: „Unser Kriterium ist stets das starke Griechenland, das Griechenland des Friedens. Ich möchte, daß Sie verstehen, daß die Regierung und ich über alles und alle die Interessen des Landes stellen. Griechenland steht an erster Stelle“ (Athener Zeitung, 30. April 1999).

Nichts anderes formuliert Bill Clinton und mit ihm alle anderen US-Präsidenten kontinuierlich: „America first“. Und so ruft auch Blair „Britain first“. Das ist sehr verständlich, sicherlich. Aber es dient nicht der nord-atlantischen und europäischen Solidarität. Die nationalen Interessen rangieren in der Regel vor der europäischen Solidarität. Und damit haben wir die zwei Extrempositionen der europäischen Sozialdemokratie formuliert. Kommen wir nun zur

dritten Position, zur middle-of-the road.

IV.

Stellvertretend für die middle-of-the-road-Position in Europa wähle ich die deutsche Sozialdemokratie aus. Das liegt nicht nur daran, daß ich mich hier am besten auskenne. Das liegt auch an der Position der deutschen Sozialdemokratie in der Mitte Europas, im Zentrum der Konflikte und in der Tradition einer Leitpartei der Sozialdemokratie in Europa von Bebel bis Brandt.

Vor dem ersten Weltkrieg war die SPD der Prototyp der demokratischen sozialistischen Parteien, z. B. für den ersten empirischen und theoretischen europäischen Parteienforscher Robert Michels. An ihm formulierte er das berühmte „eherne Gesetz der Oligarchie“, mit dem er sich grandios irrte. Nach dem zweiten Weltkrieg war die immer mehr erstarkende SPD unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt eine Führungskraft in der Sozialistischen Internationale und in ganz Europa.

Der Aufruf der SPD zum ersten Mai 1999 im Lichte des brennenden Kosovo-Konfliktes beginnt folgendermaßen:

„Der erste Mai 1999 ist überschattet von unserer Sorge um die Menschen im Kosovo und in den angrenzenden Regionen. Die Vertreibung von Männern, Frauen und Kindern aus ihrer Heimat, das Morden und Vergewaltigen, die Vernichtung von Hab und Gut muß ein Ende haben. Die serbischen militärischen und paramilitärischen Verbände müssen sich aus dem Kosovo zurückziehen, die Flüchtlinge unter dem Schutz einer internationalen Friedenstruppe in ihre Heimat zurückkehren und dort sicher leben können. Wir unterstützen jede Initiative der Bundesregierung im Bündnis und in der Europäischen Union, der OSZE und der UNO, um ein friedliches und demokratisches Kosovo zu schaffen, in dem alle Menschen in Frieden und Sicherheit leben können. Wir unterstützen alle Initiativen in unserer Bevölkerung, um das Elend der Flüchtlinge und Kriegsopfer zu lindern und denen, die zu uns kommen, in Deutschland einen menschenwürdigen und sicheren Aufenthalt zu ermöglichen. Aber schon jetzt müssen verlässliche Perspektiven für die gesamte Region geschaffen werden. Die Menschen auf dem Balkan brauchen wirtschaftliche Aufbauhilfe und politische Stabilität. Der Konflikt im

Kosovo zeigt, wie notwendig es ist, daß Europa mit einer Stimme spricht. Wir Sozialdemokraten setzen uns für ein einiges, handlungsfähiges Europa ein (...).“

Das klingt vernünftig. Aber es ist höchst interpretationsbedürftig.

- Kein Wort von den Luftschlägen der NATO, die NATO selbst wird keines Wortes gewürdigt;
- kein Wort über die deutschen Soldaten in der Region und ihre Rolle;
- kein Wort zum innerparteilichen Konflikt über Selbstmandatierung der NATO, statt dessen deutliche Forderungen an EU, OSZE und UNO, endlich initiativ zu werden.
- Wirtschaftliche Aufbauhilfe auf dem Balkan wird gefordert, während Brücken und Heizkraftwerke vom Bündnis gezielt zerstört werden.
- Eine Stimme Europas wird gefordert, während jeder weiß, daß die USA die tragende Stimme in der NATO-Strategie um den Kosovo-Konflikt ist; die nationalen Egoisten erlauben keine starke EU-Position.

Also Widersprüche, Unausgesprochenes, Wunschdenken zu Hauf. Wer wollte es der Partei vorwerfen? Kennzeichnet es nicht die ganze Situation der europäischen Sozialdemokratie derzeit?

Denn die Würde der Regierungsführerschaft in den meisten europäischen Staaten ist zugleich ihre Bürde. Aus der Opposition flammende Resolutionen zu fassen ist leicht. Hinter einer Regierung Positionen zu formulieren ungleich schwerer. Die Abstimmung mit den Bruder- (und Schwester-) parteien in Europa ist fast unmöglich, jedenfalls nicht selbstverständlich, da zunächst die Verträglichkeit mit der eigenen Regierung (Koalition) gefragt ist.

Rudolf Scharping verkörpert den Widerspruch der europäischen Sozialdemokratie. Er ist der deutsche Verteidigungsminister. Insofern exekutiert er die NATO-Beschlüsse. Aber er war auch Vorsitzender der SPD, bis 1995 Lafontaine ihn ablöste, der wiederum 1999 plötzlich abtrat. Auf dem Parteitag der SPD am 12. April 1999 in Bonn, der Gerhard Schröder zum Parteivorsitzenden wählte, hielt

Scharping als Vorsitzender der mächtigen Antragskommission der Partei eine Rede, in der er sich und den Genossen einige zentrale Fragen stellte.

Das Völkerrecht werde, so Scharping, auf eine Belastungsprobe gestellt, dies sei sehr ernsthaft zu diskutieren. Um das Völkerrecht weiterzuentwickeln, müsse man jedoch den folgenden vier Problemen offen ins Gesicht sehen:

„Erlaubt die Souveränität eines Staates, daß in diesem Staat Massenmord begangen wird? Erlaubt die Souveränität eines Staates also, daß in diesem Staat Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden?“

„Beinhaltet die Souveränität eines Staates das Recht zur Deportation einer ganzen Bevölkerung, und zwar so, daß die Souveränität des Nachbarstaates mißachtet wird?“

„Ist es auf Dauer vertretbar, daß in den Vereinten Nationen und im Weltsicherheitsrat, gegründet auf das Privileg der alten Atommächte, ein Veto ausgeübt wird, daß jedes Mehrheitsprinzip außer Kraft setzt? (...) Finden wir einen Weg, der das ermöglicht, was jedem Rechtsstaat und jeder Rechtsordnung zu eigen ist, daß nämlich nicht das Privileg der Macht ein Veto begründet, das die Anwendung von recht- und mehrheitlicher Interpretation desselben völlig ausschließt?“

Schließlich nahm Scharping das Unbehagen vieler seiner Parteifreunde am Dauer-Bombardement der NATO auf, indem er die Logik der Politik vor die Logik der Militärs zu schieben versuchte:

Können wir aus den Fehlern der westlichen Staatengemeinschaft seit 1989 auf dem Balkan lernen? Können wir die Fähigkeit entwickeln, „Krisen nicht zuerst als militärische Konflikte zu begreifen, sondern ihre ökonomischen, ihre sozialen, ihren kulturellen, manchmal auch ihre ökologischen Ursachen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen?“

Das ist die Regierungsposition der Sozialdemokratie, die aber

gleichzeitig von weiten Teilen der Partei geteilt wird. Selbst Intellektuelle wie Günther Grass teilen diese Position. Auch von Erhard Eppler wird sie getragen, der noch vor zwanzig Jahren zum aktiven Teil der Friedensbewegung gezählt wurde. Auf demselben Parteitag, am 12. April 1999 in Bonn, sagte er:

„Ich bin heute der Überzeugung, daß im nächsten Jahrhundert die Frage weniger ‚Krieg oder Nicht-Krieg?‘ lauten wird, weil Krieg nicht mehr definierbar ist, vielmehr wird sich die Frage stellen, ob es gelingt, daß jeder und jede, der oder die das Recht des Stärkeren in Anspruch nimmt - ob das ein Vergewaltiger, ein Raubmörder oder ein Diktator ist - irgendwann erfahren muß, daß es noch stärkere gibt“.

Viele Einwände gegen den berechtigten NATO-Einsatz seien wohlbegründet. Aber das Vorgehen der serbischen Regierung habe die Handlungsoptionen eingeschnürt:

„Deshalb hat es keinen Sinn jetzt zu sagen: Fangen wir mit der Politik an und lassen wir das Militär draußen. Nein, erst das Militär kann die Menschen dazu bringen, wieder nach Hause zu gehen. So schrecklich ist es inzwischen geworden“.

Während der Friedensbewegung vor über zwanzig Jahren war Bundeskanzler Helmut Schmidt der Gegenpart zu Erhard Eppler. Eppler verteidigt heute die Intervention der NATO aus humanitären Gründen. Schmidt bleibt skeptisch und verweist auf das Fehlen eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates sowie einer realistischen friedlichen Kriegszielperspektive: Der Einsatz habe wenig mit dem klassischen NATO-Fall eines Verteidigungskrieges zu tun. Und jeder, der die Geschichte des Balkans kenne, „wird gegenüber jeder militärischen Intervention auf dem Balkan, deren Ziel die Herstellung eines stabilen Friedens ist, sehr skeptisch bleiben“.

Und Egon Bahr, Willy Brandts Strategie für die Ostpolitik und Sicherheitsexperte der SPD, stellt sich auf die Seite der Friedensverfechter, für eine Einstellung der Bombardierung durch die NATO: Nach den Albanern würden nun zunehmend auch Serben zu Opfern, eine schwere Bürde für den Wiederaufbau der Zivilgesellschaft, für die Gestaltung der Zukunft. Egon Bahr erinnert an Willy Brandts Vermächtnis:

„Immer stärker und elementarer empfinde ich die Richtigkeit und Tiefe des Satzes von Willy Brandt: ‚Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.‘ Solange die Waffen nicht schweigen, bekommt der Frieden keine Chance. Den ersten Schritt könnte der überlegene Westen tun. Er sollte es, im Namen der Werte, für die er angetreten ist.“

V.

Nicht nur die deutsche, die europäische Sozialdemokratie bietet insgesamt ein verwirrendes Bild. Sie will Frieden und nimmt am Luftkrieg teil. Es ist wie ein großes Wandbild, das Schrecken des Krieges und Sehnsucht nach Frieden vereinigt. Es wirkt wie das bewegende Guernica-Bild Picassos, eines der größten Bildwerke dieses Jahrhunderts überhaupt. Der französische Intellektuelle Alain Finkielkraut bringt es auf den paradoxen Punkt: „Manchmal muß man Krieg führen, um einen Krieg zu beenden.“ Das erinnert innenpolitisch an militante Pazifisten - noch so ein Paradoxon - die gewalttätig für den Frieden demonstrieren und den deutschen Außenminister Fischer mit einem Farbbeutelwurf verletzen.

Die radikale Haltung des „Ohne-mich“, die Deutschland in der frühen Nachkriegszeit bereits einmal erlebt hat, feiert wieder unfröhliche Urstände. Beispielsweise in der Aussage eines Professors für Strafrecht der Universität Rostock, Reinhard Merkel, der deklarierte: „Auch wer wenige Unschuldige tötet, um viele andere zu retten, verhält sich rechtlich wie moralisch verwerflich.“

Dies ist ein Purismus des Pontius Pilatus: „Ich wasche meine Hände in Unschuld“. Mögen andere sich schmutzig, sich schuldig machen.

Die Sozialdemokratie Europas geht in ihrer übergroßen Mehrheit nicht diesen Weg des moralischen Rigorismus, der auch ein gerüttelt Maß Pharisäertum einschließt. Und sie geht auch nicht den britisch/amerikanischen Weg des Siegfriedens. Die Friedensbewegung hatte vor 20 Jahren die Sozialdemokratie fast zerrissen. Heute geht der Riß nicht durch die Parteien, sondern durch die Köpfe und Herzen

von fast jedem einzelnen. Das verwischt klare Positionen. Aber es kommt der Wirklichkeit näher, die selten das eindeutig Gute und eindeutig Böse scheidet. Immerhin scheint die europäische Sozialdemokratie darin weitgehend einig, daß sie auf der G8-Basis eine Einbeziehung von UN-Sicherheitsrat und Rußland und damit von China und der allgemeinen Völkergemeinschaft fordert.

Wenn schon die Grautöne mit vielen Abstufungen das Bild der Sozialdemokratie angesichts des Luftkrieges der NATO bestimmen, so sollte wenigstens in einem Klarheit herrschen oder schnell hergestellt werden: In der Sorge und Vorsorge für den Wiederaufbau nach dem Krieg. Hier sind sozialdemokratische Ideen für die Rekonstruktionsphase gefragt und gefordert. Die Zögerlichkeit, mit der die sozialdemokratischen Regierungen in Europa derzeit das Problem der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo in ihren Ländern behandeln, läßt allerdings nicht viel Optimismus zu.

Wenn Clausewitz gesagt hat, der Krieg sei die Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einschluß anderer Mittel, so wird es nun dringend Zeit, daß der Weg zum Frieden neu definiert wird. Der Frieden muß die Fortsetzung der Politik mit neuen Mitteln sein.